

Die internationale Konjunktur

Weitere Nivellierung der Wachstumsraten

Als die letzte amerikanische Rezession (1960/61) überwunden war, konnte schon im Vorjahr die Tendenz einer Vereinheitlichung der Konjunktur-entwicklung im OECD-Raum beobachtet werden. Diese Entwicklung hat sich seit Jahresmitte weiter verstärkt. Die Zuwachsraten der industriellen Produktion in den fünf OECD-Großstaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA) erreichten im III Quartal 1962 im Vergleich zum Vorjahr einen (ungewogenen) Durchschnitt von 6,1% und liegen näher beisammen als in früheren Perioden. Die Standardabweichung der Zuwachsraten vom Durchschnitt, die bisher infolge verschiedener Entwicklung stets mehr als 3% betrug, sank im III Quartal auf 2%. Auch wenn man die kleineren Staaten einbezüge, ließe sich feststellen, daß die Zuwachsraten dem Mittelwert näherrücken.

Das Wachstum der Industrieproduktion

Jahr	B. R. Deutsch- land ohne Saar	Frank- reich	Groß- britannien	Italien	USA	Unge- wogener Durch- schnitt der Zu- wachsraten in %	Stan- dard- abwei- chung
1953	9,9	2,0	5,3	9,9	8,7	7,2	3,1
1954	12,0	9,0	8,0	9,0	— 6,0	6,4	6,3
1955	15,2	7,3	5,6	9,2	— 12,8	10,0	3,5
1956	7,8	9,4	0,0	7,6	2,8	5,5	3,5
1957	5,8	8,6	1,8	7,8	0,9	5,0	3,3
1958	3,4	4,3	— 1,7	3,6	— 7,3	0,5	4,4
1959	6,6	3,4	5,3	10,5	13,7	7,9	3,7
1960	11,1	11,3	7,5	15,2	2,6	9,5	4,2
1961	5,6	4,8	0,8	9,9	0,8	4,4	3,4
1962 I. Hbj.	3,7	7,8	1,2	9,9	8,7	6,3	3,3
III Qu.	5,0	9,0	3,3	7,2	6,1	6,1	2,0

Q: OECD Statistical Bulletins und Institutsberechnungen

Die Hauptursache ist der Wegfall extrem hoher Zuwachsraten, die für die Fünfzigerjahre charakteristisch waren, künftig aber wahrscheinlich selten werden (es sei denn in Erholungsphasen nach Rückschlägen). Bis 1961 hatten — abgesehen vom Rezessionsjahr 1958 — mindestens zwei Länder stets einen Produktionszuwachs von 8%, oft aber noch höher. Auch zu Beginn 1962 betrug der Produktionszuwachs in Italien 11%, mit der allmählichen Ausschöpfung der Reserven von qualifizierten Arbeitskräften und der Versteifung des internationalen Absatzmarktes sank er jedoch im III Quartal auf 7%. Die USA hatten in der ersten Jah-

reshälfte noch eine sehr hohe Zuwachsrate (10%), da das Rezessionstief von 1961 Vergleichsbasis war. Im weiteren Verlauf des Jahres wurde mit günstigeren Vorjahresdaten verglichen. Schon deshalb verringerte sich die Zuwachsrate. Außerdem wuchs die amerikanische Produktion langsamer als in manchen früheren Aufschwungsphasen. Im III. Quartal betrug die Zuwachsrate nur noch 6%. Schließlich ist auch die Zuwachsrate der Industrieproduktion in Japan, die in den Jahren 1959 bis 1961 21% bis 26% erreicht hatte, stark zurückgegangen, nicht zuletzt, weil staatliche Wirtschaftsmaßnahmen den Aufschwung bremsten. Mit 14% war sie allerdings auch zur Jahresmitte noch weit höher als in Westeuropa.

Rückgang der hohen Zuwachsraten in der Industrieproduktion

	Italien	USA	Japan
	Zuwachs der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr in %		
1959	10,5	13,7	24,0
1960	15,2	2,6	25,8
1961	9,9	0,8	21,2
1962 Jänner—Juni	11,3	10,3	17,7 ¹⁾
Juli—September	7,2	6,1	13,5 ²⁾

Q: OECD, Statistical Bulletins — United Nations Bulletin of Statistics. — ¹⁾ I. Quartal — ²⁾ II. Quartal

In den anderen Staaten, wo sich die industrielle Expansion bereits 1960/61 allmählich verlangsamt oder keine extrem hohen Werte erreicht hatte, war das Wachstum ziemlich gleichförmig. Zu Jahresanfang war es durch die kalte Witterung und die Verzögerung des Baubeginns etwas gestört worden — in Deutschland und in den Beneluxstaaten sank die Produktion im März sogar unter den Vorjahresstand —, doch im Sommer erholte es sich und der übliche Herbstaufschwung setzte mit voller Kraft ein. Nach wie vor ist die Expansion außer in Italien in Frankreich am höchsten, da hier lebhafter investiert wird als in anderen Staaten und das Arbeitskräftepotential infolge des Bevölkerungswachstums, der Verkürzung der Militärdienstzeit und des Zustroms von Algerienrückwanderern erweitert werden konnte. Am geringsten ist der Produktionszuwachs so wie im Vorjahr in Großbritannien. Infolge der nachhaltigen, durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten bedingte Dämpfungspolitik der Regierung, die sich sowohl auf die Investitions- wie auch auf die

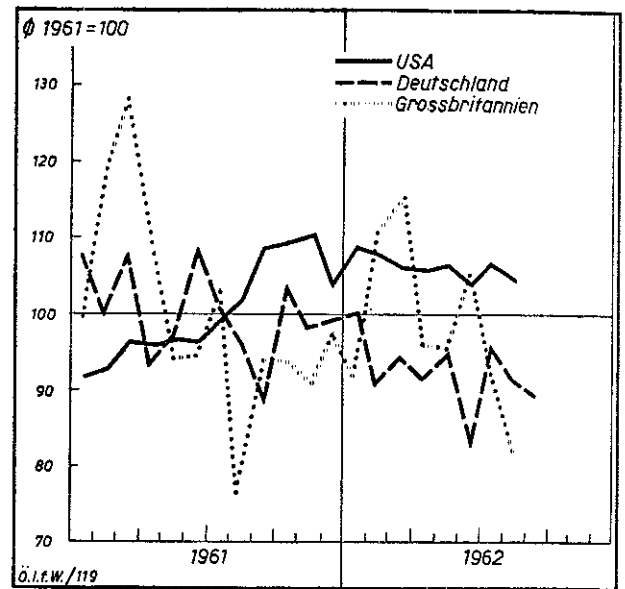
Konsumausgaben auswirkte, betrug er bis in den Sommer weniger als 1%. Erst im Herbst belebte sich das Wachstumstempo etwas.

Konsum als Hauptstütze des Wachstums

Der Übergang von den aus vielen Gründen (kriegsbedingter und technischer Nachholbedarf, Einsatz von Arbeitskraftreserven und freien Produktionskapazitäten, Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung u. a.) überhöhten Wachstumsraten der Fünfzigerjahre zu einem — im Hinblick auf die normale Bevölkerungs- und Produktivitätszunahme — auch auf lange Sicht möglichen Wachstum ging verhältnismäßig reibungslos vor sich. Gegenwärtig wächst die Wirtschaft trotz der Verlangsamung der Expansion in den meisten Staaten in einem Ausmaß, das im allgemeinen ausreicht, die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und eine verhältnismäßig hohe Auslastung der Produktionskapazitäten zu sichern. In einigen Fällen verhindert die Knappheit dieser Faktoren ein rascheres Wachstum. In anderen Fällen hat die Nachfrageexpansion so sehr an Schwung verloren, daß das Wachstumstempo unter das real mögliche Ausmaß gedrückt wurde. Insbesondere in einzelnen Branchen — vor allem Schiffsbau, Eisen und Stahl, Magnesit, Papierzeug und Papier — ist ein ernstes Mißverhältnis zwischen Kapazitäts-, Lager- und Nachfrageentwicklung entstanden. In den ersten drei Quartalen wurde in der EWG um 1,7%, in Großbritannien um 9,7% weniger Stahl erzeugt als vor einem Jahr. Solche Branchenkrisen beeinträchtigen auch die Entwicklung in anderen Bereichen.

Manche Störungen werden allerdings nicht vom Wirtschaftsablauf, sondern von politischen Ereignissen verursacht. Sie hatten aber dank der stabilen Entwicklung der Gesamtwirtschaft keine tiefgehende Wirkung. Die Kuba-Krise machte sich fast nur auf den empfindlichen Aktienmärkten bemerkbar und selbst dort nicht sehr stark. Der *Dow-Jones-Index*, der die Kursentwicklung von 30 Industrieaktien an der New Yorker Börse widerspiegelt, fiel bei Ausbruch der Kuba-Blockade von einem bereits gedrückten Niveau von 580 bis 590 auf 558. Er erholte sich aber rasch und zog mit zunehmender internationaler Entspannung stark an. Ab Mitte November lag er höher als im Zeitraum Juni/Oktober. Ähnlich, wenn auch nicht so stark ausgeprägt, war die Entwicklung auf anderen Effektenbörsen. Auf den Warenmärkten löste der Kuba-Konflikt eine kurzlebige Hausse-Stimmung aus, die aber kaum 48 Stunden währte. Dann bewegten sich die Roh-

Auftragseingänge in der Maschinenindustrie
(Normaler Maßstab; \emptyset 1961 = 100)



Die Zurückhaltung in der Investitionstätigkeit vieler Länder wird in den nachlassenden Auftragseingängen in der Maschinenindustrie deutlich sichtbar. In Deutschland liegen sie seit Jahresbeginn ständig unter dem Durchschnitt des Vorjahres. In Großbritannien, wo die Investitionen schon früher erlahmten, zeigen die Auftragseingänge ebenfalls eine leicht fallende Tendenz. In den USA liegen sie zwar höher als 1961, doch litten sie damals noch unter der Rezession. Seit ihrem Höhepunkt im Spätherbst des Vorjahres haben sie aber ebenfalls leicht abgenommen. Trotz diesen Abschwächungstendenzen ist die Investitionsgüterproduktion fast durchwegs gut beschäftigt, da noch hohe Auftragsbestände aufgearbeitet werden können.

stoffpreise wieder auf ihrem früheren, zum Teil gedrückten Niveau. Das allgemeine Wirtschaftsgeschehen wurde von der politischen Krisenstimmung kaum berührt. In diesen, im Vergleich zur Korea-Krise von 1950 (die allerdings viel länger dauerte), geringen Ausschlägen der Wirtschaft kommen der weitaus breitere Produktionsfluß, die größere Lagerhaltung und die Stabilität der gegenwärtigen Expansion zum Ausdruck.

Diese Stabilität wird vor allem vom Konsum getragen. Investitionen und Export, die in den Fünfzigerjahren in vielen westlichen Industriestaaten die Hauptstütze der Expansion waren, haben dagegen etwas an Bedeutung verloren. Besonders stark treten der private und der öffentliche Konsum in der Bundesrepublik Deutschland in den Vordergrund. Das reale Brutto-Sozialprodukt war im 1. Halbjahr 1962 nur um 3% größer als ein Jahr vorher, der private Konsum aber um 7% und der öffentliche Konsum um fast 10% höher. In England nahm in der gleichen Periode der private Konsum

Die Entwicklung von Sozialprodukt und Konsum

	USA			Bundesrepublik Deutschland			Großbritannien		
	Brutto- Sozial- produkt	Privater Konsum	Staats- verbrauch	Brutto- Sozial- produkt	Privater Konsum	Staats- verbrauch	Brutto- Sozial- produkt	Privater Konsum	Staats- verbrauch
	zu Preisen des Jahres 1954 Saisonbereinigte Jahresraten Mrd \$			zu Preisen des Jahres 1954 Jahresraten Mrd DM			zu Preisen des Jahres 1958 Saisonbereinigte Jahresraten Mill £		
1960	440 2	298 3	79 8	239 4	141 8	31 1	30.122	16.429	3.852
1961	447 9	304 3	84 0	252 2	152 2	33 4	30.699	16.655	4.061
1. Halbjahr 1961	438 9	300 4	82 8	245 8	140 6	30 6	30.718	16.670	4.012
1. Halbjahr 1962	469 1	315 4	89 1	253 4	150 6	33 6	30.648	16.738	4.216
Zunahme 1. Hbj 1962 gegen 1 Hbj. 1961 in %	6 9	5 0	7 6	3 1	7 1	9 8	-0 2	0 4	5 1

Q: USA: Survey of Current Business; Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaft und Statistik 9/1962 und IFO-Schnelldienst 15. Jg. Nr. 43; Großbritannien: Monthly Digest of Statistics.

(real) um 1/2% und der öffentliche Verbrauch um 5% zu. Das reale Brutto-Sozialprodukt hingegen war — infolge geringerer Lagerinvestitionen und stagnierender Anlageinvestitionen — etwas niedriger als im 1. Halbjahr 1961. Nur die Entwicklung in den USA weicht von diesem für die meisten westeuropäischen Staaten charakteristischen Bild ab. Dort ist zwar der öffentliche, nicht aber der private Konsum rascher gewachsen als das Brutto-Sozialprodukt. Diese Sonderentwicklung erklärt sich aber daraus, daß im 1. Halbjahr 1961, im Tiefpunkt der Rezession, die Investitionen besonders niedrig waren und daher steiler stiegen als der Konsum, der sich auch während der Rezession relativ gut gehalten hatte. Seit die Investitionen wieder ein mehr oder weniger normales Niveau erreichen, hat sich auch die amerikanische Entwicklung der westeuropäischen genähert. Vom I. zum II. Quartal 1962 hat sich der private Verbrauch (real und saisonbereinigt) mit 1% bereits etwas stärker als das Sozialprodukt (0 7%) erhöht.

Zögernde Investitionen und umkämpfte Außenhandelsmärkte

Die relative Verschiebung der Nachfrage von den Investitionen zum privaten und öffentlichen Verbrauch — absolut nehmen in den meisten Fällen auch die Investitionen weiter zu — mag für das langfristige Wachstum nachteilig sein, die Konjunktur wird dadurch zunächst nicht gefährdet. Die Investitionen waren in den Fünfzigerjahren aus verschiedenen Gründen sehr hoch; die damalige Investitionsquote kann nicht als langfristige Norm angesehen werden. Eine Verschiebung zugunsten des Konsums mag sogar die Voraussetzung dafür sein, daß die lebhaften Investitionen nicht zu Überkapazitäten und Deflationserscheinungen führen. Überdies ist der Konsum, trotz modischen und anderen Fluktuationen, infolge der hohen und sich ständig ausweitenden Verbrauchsneigung der Konsumenten eine relativ breite und stabile Expansionsbasis geworden.

Viele Anzeichen einer abnehmenden Investitionsbereitschaft lassen aber auch in den vollbeschäftigten Staaten Kontinentaleuropas die Konjunktur zumindest als „nicht gesichert“ erscheinen. In Deutschland waren die Auftragseingänge im Maschinenbau in den ersten drei Quartalen 1962 um nahezu 8% niedriger als im Vorjahr. Seit Februar unterschreiten die Auftragseingänge den jeweiligen monatlichen Absatz, im Durchschnitt des Vorjahres hingegen hatten sie ihn um 6% und im Jahre 1960, als der Investitionsboom am kräftigsten war, sogar um 29% überboten. In Großbritannien, wo die Lage schon im Vorjahr etwas gedrückt war, ist der Rückgang etwas geringer, doch sanken auch dort die Auftragseingänge um mehr als 1%. Da Deutschland und England die wichtigsten europäischen Exporteure von Maschinen sind, drückt sich in diesem Auftragsrückgang auch die Investitionszurückhaltung anderer Staaten aus.

Die Konjunkturerhebungen in verschiedenen Ländern führen zu ähnlichen Ergebnissen. Das CIRET-CID (Contact International de Recherches Economiques Tendencielles — Centre d'Information et Documentation), das Tendenzbefragungen in 14 europäischen und überseeischen Staaten erfaßt, hat in den meisten europäischen Ländern eine Verschlechterung des Investitionsklimas festgestellt. In den USA liegen zwar die Eingänge an Maschinenaufträgen, die sich von ihrem Konjunkturtief erholt haben, über dem Durchschnitt des Vorjahres, doch zeigt die saisonbereinigte Reihe, daß sie nach hohen Werten im Winter 1961/62 in den Sommermonaten merklich abflauten. Sie haben sich somit in einem sehr frühen Stadium des Konjunkturaufschwungs abgeschwächt. Erst im September wurde wieder ein höherer Auftragseingang als in früheren Monaten erzielt.

Soweit sich die Investitionen nur zufolge einer gewissen Umschichtung zum Konsum etwas abschwächen, ist die Konjunktur nicht bedroht. Bis zu einem gewissen Grad ist die gegenwärtige Lage durch eine derartige Umstellung charakterisiert. In

Auftragseingänge und Auftragsbestände in der Maschinenindustrie

	USA Maschinenindustrie				Bundesrepublik Deutschland Maschinenbau		Großbritannien Maschinen-, Elektro- und Verkehrsmittelindustrie			
	Auftragseingang ¹⁾		Auftragsbestand ²⁾		Auftragseingang in % des Umsatzes von 1954		Maschinen-, Elektro- und Verkehrsmittelindustrie Auftragseingang ³⁾		Auftragsbestand ³⁾	
	Mrd	\$	1961	1962	1961	1962	Ø-Umsatz 1958 = 100	1961	1962	Dezember 1958 = 100
Jänner	4 54	5 37	17 38	18 27	275	256	122	113	119	119
Februar	4 59	5 35	17 36	18 47	255	231	146	136	122	121
März	4 76	5 27	17 42	18 53	275	240	158	142	126	121
April	4 74	5 25	17 37	18 47	238	234	135	118	128	121
Mai	4 78	5 28	17 24	18 21	246	242	115	117	128	120
Juni	4 77	5 16	17 34	18 27	277	212	116	129	125	120
Juli	4 89	5 30	17 58	18 46	257	244	127	113	126	118
August	5 04	5 19	17 59	18 14	244	232	94	101	126	119
September	5 38		17 95		225	227	116	147	124	119

Q: USA: Survey of Current Business; Bundesrepublik Deutschland: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank; Großbritannien: Monthly Digest of Statistics — ¹⁾ Saisonbereinigt — ²⁾ Monatsende — ³⁾ Zu konstanten Preisen des Jahres 1958.

einigen Ländern, insbesondere wo die Beschäftigung sehr angespannt ist (wie in Deutschland oder in der Schweiz), haben die Löhne in letzter Zeit stark aufgeholt und sind stärker gestiegen als die Produktivität. Es ist eine typische Erscheinung im Konjunktur- und Wachstumszyklus, daß im ersten Aufschwung die Profite und im späteren Stadium die Löhne vorstoßen. Durch diese Steigerung der Lohnkosten haben sich die Mittel für die Selbstfinanzierung von Investitionen verringert.

Veränderungen von Stundenverdiensten, Produktivität und Lohnkosten

	Stunden- verdienste ¹⁾	Produktivität ²⁾	Lohnkosten
	Veränderung zwischen 1. Hbj. 1961 und 1. Hbj. 1962 in %		
USA	+ 3	+ 4	- 1
Großbritannien	+ 4	0	+ 3
Bundesrepublik Deutschland	+ 12	+ 6	+ 6
Niederlande	+ 7	+ 1	+ 5
Frankreich	+ 8	+ 9	- 1
Norwegen ³⁾	+ 10	+ 2	+ 8

Q: Konjunkturinstitutet Stockholm The Swedish Economy (October 1962). ¹⁾ Frankreich und Niederlande: Tariflöhne — ²⁾ Produktion pro Arbeitsstunde außer bei den Niederlanden und Norwegen, wo es sich um die Produktion pro Arbeiter handelt. Außer bei den USA beziehen sich die Angaben für Produktivität auf die Veränderungen zwischen I. Quartal 1961 und I. Quartal 1962. Aus diesem Grund und wegen der Schwierigkeit von Produktivitätsmessungen sind die obigen Angaben nur ungefähre Indikatoren der Entwicklung. — ³⁾ Die Angaben beziehen sich auf das I. Quartal 1961 und 1962.

Die Gefahr der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die Investitionszurückhaltung stärker wird als die Verbrauchssteigerung. Der Rentabilitätsrückgang verringert die Investitionsneigung. Die Schwäche der Aktienkurse erschwert Neuemissionen. Trotz hohem Konsum sind in einigen Sparten die Kapazitäten rascher gewachsen als der Absatz. Diese Branchenschwierigkeiten haben ein Unsicherheitsgefühl geschaffen. Aus all diesen Gründen leidet die Investitionsbereitschaft zum Teil auch dort, wo es nicht an Finanzierungsmöglichkeiten mangelt. Auch Rationalisierungsinvestitionen, die angesichts der Arbeitskräfteknappheit und der Arbeitskräfteverteuerung angezeigt wären, werden zum Teil hinausgeschoben.

Diese Verschlechterung des Investitionsklimas tritt solange nur schwach in Erscheinung, als die Investitionsgüterindustrien von früher her noch große Auftragspolster besitzen, die ihnen für mehrere Monate eine uneingeschränkte Produktion ermöglichen. Diese Reserven tragen vorläufig — neben dem privaten und öffentlichen Konsum — ebenfalls zur Stabilität der gegenwärtigen Konjunkturlage bei. Aber in dem Maße, wie sie abgebaut werden, wird die weitere Entwicklung der Investitionen entscheidende Bedeutung erlangen. Ein Stagnieren der Investitionen würde dann gesamtwirtschaftliche Störungen nach sich ziehen, da der Konsum unter den gegebenen Masseneinkommen kaum stark ausgedehnt werden kann. Eine solche Situation könnte bereits 1963 akut werden. Es sollten dann stimulierende wirtschaftspolitische Maßnahmen — die gegenwärtig anzuwenden in den meisten Ländern kein besonderer Anlaß besteht — „in Reserve“ gehalten werden, um sie im Bedarfsfall rasch einsetzen zu können.

Die Außenhandelsentwicklung würde den Einsatz expansionistischer Maßnahmen in den meisten Ländern nicht behindern. Sie hat sich zwar — so wie die gesamte Wirtschaftsentwicklung — abgeflacht und der Export ist nur noch in wenigen Ländern und Industriezweigen die treibende Kraft des Wachstums, im Gegensatz zur Zeit vor wenigen Jahren. Aber die jetzt ruhigere Entwicklung — der Export der EWG-Staaten war im Hochsommer (III. Quartal) um 3,5% größer als vor einem Jahr, in den EFTA-Staaten um 2,9% und in den USA um 4,4% — ist einheitlicher und die Zahlungsbilanzspannungen haben sich im allgemeinen gemildert. Die chronischen Überschüsse Deutschlands sind infolge der Aufwertung, der Lohnerhöhungen, der schwächeren Investitionskonjunktur und größerer Auslandszahlungen geschwunden und auch Italiens außergewöhnlich starker Exportboom klingt ab. Andererseits hat sich die Zahlungsbilanz-

Geringe Wachstumsunterschiede im Export

Monatsdurchschnitt	OECD Europa	EWG	EFIA	USA	Frankreich	Bundesrepublik Deutschland Mill \$	Italien	Niederlande	Schweden	Schweiz	Großbritannien
1961 I Quartal	4.325	2.576	1.595	1.727	593	992	325	359	210	159	911
II „	4.439	2.686	1.621	1.697	607	1.073	331	340	230	163	909
III „	4.354	2.652	1.577	1.627	565	1.051	358	361	225	167	854
IV „	4.782	2.867	1.708	1.825	643	1.114	392	376	246	192	911
1962 I Quartal	4.610	2.795	1.641	1.714	629	1.051	376	372	227	174	905
II „	4.694	2.826	1.730	1.917	603	1.103	384	372	252	178	957
III „	4.504	2.745	1.622	1.699	557	1.087	388	371	227	180	873
Zunahme III. Qu. 1962 gegen III. Qu. 1961 in %	3,4	3,5	2,9	4,4	-1,4	3,4	8,4	2,8	0,9	7,8	2,2

Q: OECD, Foreign Trade Statistics.

situation der angelsächsischen Länder etwas gefestigt. Die USA verlieren zwar noch immer Gold, doch wird das Zahlungsbilanzdefizit heuer wahrscheinlich nur noch etwa 2 Mrd. \$ betragen, gegen 2,5 Mrd. \$ im Vorjahr. Großbritanniens Zahlungsbilanz war in der ersten Hälfte 1962 dank hohen Exporten, niedrigen Importen und einer verhältnismäßig günstigen Kapitalbilanz stabil. Im III. Quartal allerdings mußten infolge hoher Lagereinkäufe und anderer Einflüsse Währungsreserven abgebaut werden. Im allgemeinen aber laufen die internationalen Zahlungsströme nicht so weit auseinander wie in den Vorjahren. Nur die Verknappung der Währungsreserven der Entwicklungsländer hält an. Ihre Exportsituation ist weiterhin prekär; sie in den expandierenden Welthandel einzubauen, bleibt weiter ein schwieriges Problem.

Gold- und Devisenreserven

	1959	1960	1961	1962		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Offizielle Gold- und Devisenreserven am Jahres- bzw. Quartalsende in Mill. \$						
USA	19.507	17.804	17.063	16.873	17.081	16.532
Großbritannien	2.750	3.239	3.324	3.458	3.439	2.798
Kontinentaleuropa	17.475	21.425	23.680	23.290	23.960	24.390
Darunter						
Bundesrepublik Deutschland	4.533	6.737	6.542	6.088	6.233	6.468
Frankreich	1.720	2.070	2.939	3.221	3.484	3.530
Italien	2.953	3.080	3.419	3.279	3.239	3.252
Schweiz	2.063	2.324	2.759	2.608	2.705	2.629
Lateinamerika	3.015	2.945	2.775	2.625	2.440	

Q: International Monetary Fund, International Financial Statistics.

Die langsamere Ausweitung des Welthandels und das Auftreten von — allerdings branchenmäßig begrenzten — Überkapazitäten haben die Konkurrenz auf den Exportmärkten verstärkt. Obwohl die Inlandspreise in den meisten Staaten in den letzten Jahren ziemlich stark gestiegen sind, liegen die Exportpreise der westeuropäischen Staaten im Durchschnitt nicht höher als im Rezessionsjahr 1958. Jede ernstliche Konjunkturabschwächung würde die Konkurrenz um die hart umworbenen Absatzmärkte verschärfen; Preiskämpfe und neue Zahlungsbilanzstörungen wären die Folge.

Exportpreisentwicklung

	USA	B. R. Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Norwegen	Großbritannien
1959	100	97	109	91	100	98	99
1960	101	98	114	96	99	98	101
1961	104	99	113	92	97	97	102
1962 I. Hbj	105	99	113	91	99	96	103
III. Qu. ¹⁾		99		92	97		103

Q: OECD, Foreign Trade Statistics. — ¹⁾ Vorläufige Ergebnisse

Schwächen in den USA und in Großbritannien

Obwohl die Produktion und das Sozialprodukt in allen Staaten wachsen, ist die Expansion in den beiden angelsächsischen Großstaaten doch merklich geringer und stärker bedroht als in Kontinentaleuropa. Infolge der großen Bedeutung dieser beiden Staaten in der Weltwirtschaft beeinflusst ihre weitere Entwicklung auch die Wirtschaft der anderen Länder.

In den USA hat sich der Konjunkturaufstieg vom Tiefpunkt im Februar 1961 nach flottem Beginn stark verlangsamt. Das Tempo bleibt nun in vieler Hinsicht hinter dem früheren Aufschwungsperioden zurück. Das Brutto-Sozialprodukt erreichte zwar im III. Quartal 1962 mit 555,3 Mrd. \$ (saisonbereinigte Jahresrate) seiner bisherigen Höchststand, war aber nur um 0,6% höher als im II. Quartal, obwohl genügend Kapazitäten für eine raschere Produktionsausweitung bereitstehen. Man erwartet jetzt für das ganze Jahr 1962 ein Sozialprodukt von 554 Mrd. \$; zu Anfang des Jahres hatte man es noch auf 567 Mrd. \$ geschätzt.

Seit dem Konjunkturtiefpunkt ist das Sozialprodukt um 10,9% gewachsen. Nach den Tiefpunkten von August 1954 und April 1958 stieg es im gleichen Zeitraum um 13,4% und 11,7%. (Real war allerdings die Zunahme des Sozialprodukts nach April 1958 nicht stärker als diesmal.) Auch Beschäftigung, persönliche Einkommen und Einzelhandelsumsätze hinken hinter früheren zyklischen Entwicklungen nach. Die Preisentwicklung ist aller-

dings günstiger; die Großhandelspreise blieben im Gegensatz zu früheren Aufschwungsperioden stabil.

Langsamer konjunktureller Aufschwung in den USA

	Veränderung seit dem Konjunkturtiefpunkt (Februar 1961)		Veränderung im gleichen Zeitraum nach dem Konjunkturtief Aug 1954 Apr 1958	
	bis 1962	%	%	
Brutto-Sozialprodukt zu laufenden Preisen III Qu.	+10 9	+13 4	+11 7	
Brutto-Sozialprodukt zu Preisen d. Jahres 1954 II Qu.	+ 8 5	+10 8	+ 8 2	
Industrieproduktion September	+16 4	+15 7	+17 8	
Beschäftigte (ohne Landwirtschaft)	+ 3 9	+ 7 1	+ 5 3	
Persönliche Einkommen	+ 9 6	+12 5	+10 0	
Einzelhandelsumsätze	+ 8 2	+10 9	+ 8 9	
Großhandelspreise (ohne Agrarprodukte)	- 0 1	+ 5 8	+ 2 4	

Q: US-Department of Commerce, Business Cycle Developments

In Großbritannien treiben Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Regierung immer wieder zu deflationären Maßnahmen, die das Wachstum abwürgen. Nach einer etwas stärkeren Belebung zwischen 1959 und Mitte 1961 geriet die britische Wirtschaft nach restriktiven Eingriffen im Juli des Vorjahres in eine neue Stagnation, aus der sie sich erst Mitte 1962 etwas lösen konnte.

Bedrohtes Wachstum in Großbritannien

	Saisonbereinigtes Brutto-Sozialprodukt zu Preisen des Jahres 1958	
	Mill. £	1958=100
1958	27.218	100
1959	28.413	104
1960	30.122	111
1961 1. Hbj. ¹⁾	30.718	113
2. Hbj. ²⁾	30.660	113
1962 1. Hbj. ³⁾	30.648	113
II. Qu. ¹⁾	31.040	114

Q: Central Statistical Office, Monthly Digest of Statistics. — ¹⁾ Jahresraten

Das schwache Wachstum in den USA und in Großbritannien wirkt sich deutlich auf den Arbeitsmarkt aus. Während in fast allen kontinental-europäischen Industriestaaten Arbeitskräfte unvermindert knapp sind, gibt es in den USA nach wie vor Arbeitslosigkeit und auch in England beginnt sie sich — wenn auch noch sehr begrenzt — bemerkbar zu machen. Die Beschäftigung erreichte zwar in den USA im Oktober einen neuen Höchststand (68 9 Millionen), aber die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer bei 4 Millionen. Die Arbeitslosenrate sank nur von 5 8% im September auf 5 5% im Oktober. Im November stieg sie wieder auf 5 8%. Die Expansion der amerikanischen Wirtschaft ist angesichts der zunehmenden Automatisierung nicht kräftig genug, das rasch wachsende Arbeitskräfteangebot voll aufzunehmen. Von Zyklus zu Zyklus erhöhte sich in der Nachkriegs-

zeit im Konjunktur- und Saisonhöhepunkt der Restbestand an Arbeitslosen. Die Arbeitslosenrate erreichte in der Aufschwungsperiode 1949/53 einen Tiefpunkt von 2 6%. In der folgenden (1954/57) betrug er schon 3 8%, im Aufschwung 1958/60 4 8%, in der gegenwärtigen Konjunkturphase (Juli 1962) 5 3%.

In Großbritannien hat sich die frühere Arbeitskräfteknappheit in der Stagnationsperiode 1961/62 sehr verringert. Der Bedarf an zusätzlichen Arbeitern in den expandierenden Industrien ging zurück, die stagnierenden Branchen hielten es nicht mehr für notwendig, ungenügend eingesetzte Arbeitskräfte wegen der angespannten Arbeitsmarktlage in Reserve zu halten. Seit Mitte 1961 hat die Arbeitslosigkeit — von saisonalen Einflüssen abgesehen — stetig zugenommen. Im November erreichte sie 544.500 (2 4% des Arbeitskräftepotentials), um 41% mehr als ein Jahr zuvor. Es ist die höchste Novemberarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit.

Arbeitslosigkeit in den USA und in Großbritannien

	USA		Großbritannien	
	Zahl der Arbeitslosen ¹⁾ 1 000 Personen	Arbeitslosen- rate ²⁾ %	Zahl der Arbeitslosen ³⁾ 1 000 Personen	Arbeitslosen- rate ⁴⁾ %
Ø 1960	3 931	5 6	360 4	1 6
Ø 1961	4 806	6 7	340 7	1 5
1961 September	4 085	6 8	317 0	1 4
Oktober	3 934	6 7	365 7	1 6
November	3 990	6 1	387 4	1 7
Dezember	4 091	6 0	389 4	1 7
1962 Jänner	4 663	5 8	461 0	2 0
Februar	4 543	5 6	453 8	2 0
März	4 382	5 5	441 8	2 0
April	3 946	5 5	438 8	2 0
Mai	3 719	5 4	423 8	1 9
Juni	4 463	5 5	397 2	1 8
Juli	4 018	5 3	400 4	1 8
August	3 932	5 8	464 4	2 1
September	3 512	5 8	465 1	2 1
Oktober	3 294	5 5	501 4	2 2
November	3 800	5 8	544 5	2 4

Q: USA: Federal Reserve Bulletin; Großbritannien: Central Statistical Office, Monthly Digest of Statistics. — ¹⁾ Die Angaben für die USA beziehen sich auf eine Stichwoche, die Angaben für Großbritannien auf einen Stichtag. — ²⁾ Die Arbeitslosenraten werden in den USA und Großbritannien auf verschiedene Art berechnet und sind daher nicht unmittelbar vergleichbar. Bei einer Vergleichsbarmachung würde sich die Differenz etwas verringern, aber die englische Arbeitslosenrate würde noch immer wesentlich unter der amerikanischen bleiben. Siehe diesbezüglich „Steigende Arbeitslosigkeit in Nordamerika — leider nicht nur statistisch bedingt“, IFO-Schnelldienst, 15. Jg. Nr. 45

Die ungenügende Ausnutzung der Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte in weiten Bereichen der amerikanischen und englischen Wirtschaft hat dort eine weit labilere Situation geschaffen als in Kontinentaleuropa. Wohl deuten verschiedene Anzeichen auf eine Fortsetzung der gegenwärtigen milden Expansion hin. Der für die US-Konjunktur wichtige Personenkraftwagen-Absatz ließ sich im Herbst kräftig an. Im Oktober wurden fast 730.000

Personenkraftwagen verkauft, um 185.000 Stück mehr als im Oktober 1961 und um rund 100.000 mehr, als optimistische Schätzungen erwartet hatten. Die Steigerung des Autoabsatzes trug viel dazu bei, daß sich im November die monatelange Auftragschwäche in der Stahlindustrie milderte. In der zweiten Novemberhälfte erreichte die Stahlproduktion die höchsten Wochenwerte seit Ende April. Ferner zeigen Enqueten der McGraw Hill Publishing Company und des Federal Reserve Board vom Oktober und November, daß die Firmen nächstes Jahr etwas mehr (um etwa 3%) zu investieren und die Verbraucher mehr dauerhafte Konsumgüter zu kaufen beabsichtigen als heuer. In England konnten wachsende Exporte und Auffüllungen der Lager die Stagnation seit dem Sommer etwas mildern.

Diese partiellen Auftriebskräfte würden aber kaum ausreichen, ernstere Störungen zu beseitigen, da in anderen Bereichen die Nachfrage schwach ist. Das gilt insbesondere für die Nachfrage nach Investitionsgütern, in England aber auch für den privaten Konsum, der von Mitte 1961 bis Mitte 1962 nahezu stabil blieb. In den USA hat die private Wohnbautätigkeit, die im Vorjahr eine gute Konjunkturstütze bildete, seit dem Frühjahr nachgelassen. Die Staatsausgaben sind in beiden Staaten in letzter Zeit nur wenig gestiegen, ihr weiterer Trend ist ungewiß.

In dieser Situation sind in Großbritannien und den USA Konjunkturbelebungsmaßnahmen, die in Kontinentaleuropa noch nicht notwendig sind, aktuell geworden. Die Anzeichen einer Festigung der Zahlungsbilanz erleichtern die Aufgabe der Regierungen, wenngleich in dieser Hinsicht noch immer ein Risiko besteht.

Die ersten größeren Schritte zur Wirtschaftsbelebungen wurden in England Anfang November unternommen. Sie zielen vor allem auf eine Belebung der Investitionen ab, die 1962 um 5% unter dem Vorjahresniveau bleiben dürften und 1963 noch weiter zu sinken drohen. Die englischen Unternehmer erhalten nun weit größere Investitionsbegünstigungen (die Investment Allowance wurde

von 20% auf 30% erhöht) und mehr Möglichkeiten der Abschreibung. Beide Maßnahmen zusammen bewirken, daß Maschinen im ersten Jahr zu 55% und innerhalb von fünf Jahren zu 90% abgeschrieben werden können. Einrichtungen für Forschung und Entwicklung können bereits im ersten Jahr zu 100% abgesetzt werden. Daneben wurde noch zur Belebung der notleidenden Autoindustrie die Kaufsteuer für Personenkraftwagen von 45% auf 25% gesenkt, wodurch sich die Preise um 14% ermäßigen.

In den USA wurden bisher trotz unbefriedigendem Wachstum nur wenige nachfragefördernde Maßnahmen getroffen. Mitte des Jahres wurden einige Abschreibungserleichterungen gewährt und der Federal Reserve Board gab zum Teil Mindestreserven frei. Die häufig vorgeschlagene Steuersenkung blieb bisher nicht nur wegen der Zahlungsbilanzsituation aus, sondern auch wegen der komplizierten politischen Konstellation, die der Verwaltung in Zeiten eines Budgetdefizits die Hände bindet. Für nächstes Jahr versprach jedoch der Finanzminister Steuersenkungen, die sich im Laufe des Jahres über die gesamte Steuerstruktur erstrecken und mit einer Steuerreform kombiniert werden sollen. Der Vorsitzende des Council of Economic Advisers, *W. Heller*, hat Steuersenkungen von 5 Mrd. \$ vorgeschlagen. Die Staatsausgaben sollen nicht gesenkt werden, man erhofft sich aber aus der Wirtschaftsbelebungen allmählich höhere Einnahmen.

Die expansionsfördernden Maßnahmen in England und in den USA sind somit zunächst nicht sehr tiefgreifend oder werden mit ziemlich großer Verzögerung wirksam. Man kann daher noch nicht erkennen, ob sie ausreichen werden, den investitionsdämpfenden Effekt auszugleichen, der von den Überkapazitäten und von der — zumindest branchenweise — ungenügenden Nachfrage ausgeht. Wenn sich die Belebungsmaßnahmen als zuschwach erweisen und nicht durch weitere ergänzt werden, dann könnten die Rezessionstendenzen in den USA und in Großbritannien auch in Kontinentaleuropa die Konjunktur beeinträchtigen.